

## **Auf dem Weg in den Gebührenstaat**

### **GEW-Kommentar zur Studiengebühren-Debatte**

Der Ruf nach Einführung von Studiengebühren wird lauter, einzelne Bundesländer haben sie bereits eingeführt. Die Studierenden protestieren dagegen – mit Recht. Sie sind der Auffassung, dass Bildung ein öffentliches Gut sei und deswegen der Zugang zu den Bildungseinrichtungen kostenfrei sein soll. Sie wehren sich gegen die Privatisierung der Ausbildungskosten, weil sie soziale Ungleichheit zur Folge hätte. Nicht jeder könne sich neben der Verschuldung durch die BAföG-Darlehen auch noch Studiengebühren von 1.000 Euro pro Jahr leisten. Junge Menschen aus einkommensschwächeren Familien würde so der Zugang zu den Hochschulen verbaut.

Es geht um die Aufkündigung des Generationenvertrages: Die Älteren, die eine kostenfreie Ausbildung erhalten haben, fordern die Jüngeren auf, ihre Ausbildung selbst zu finanzieren. Sie sollen kräftig in ihr Studium investieren, damit sie mit dem Gelernten so viel verdienen, dass sie die Renten und Pensionen der Älteren sichern können. Für wie doof halten die Älteren – und dazu gehören auch die flott-opportunistisch argumentierenden Jung-ParlamentarierInnen – eigentlich die Jüngeren, dass sie diese Umverteilung von Alt auf Jung nicht durchschauen? Ihre Konsequenz wird sein: Wenn wir unser Studium selbst bezahlen sollen, dann zahlt ihr doch eure Altersversorgung!

Es wird häufig gesagt, dass nur das etwas zählt, für das man etwas bezahlen muss. Warum zahlen dann eigentlich die Unternehmen keine Forschungsgebühren? Weil sie mächtig von den öffentlich finanzierten Forschungsleistungen der Hochschulen profitieren, könnten sie doch etwa 1 Prozent der so erwirtschafteten Erträge zurückzahlen. Die Antwort der Unternehmen: Dafür zahlen wir doch Steuern. Mal unterstellt, sie zahlten wirklich Steuern, was unterscheidet sie dann von HochschulabsolventInnen, die nach ihrem Studium auch Steuern zahlen?

Bildung ist Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die soll der Staat garantieren. Dafür benötigt er Geld, das er durch Steuern – sozial gerechte Steuern – von allen BürgerInnen verlangt: Weil die Gewerkschaften diesen Sozialstaatsgedanken für richtig halten, wehren sie sich gegen die Einführung des Gebührenstaates. In diesem Punkt sind sie mit den Studierenden einer Meinung, deswegen unterstützen sie die studentischen Proteste.

*Gerd Köhler*